

Mexiko: Die unvollendete Transition

Silvia Gómez Tagle

Mexiko befindet sich in einem politischen Übergang mit aufeinander folgenden Wahlreformen. Bisheriger Höhepunkt waren die Wahlen 2000, als nach Jahrzehntelanger Hegemonie der Partido Revolucionario Institucional (PRI) der Machtwechsel stattfand. Doch steht eine endgültige Konsolidierung der demokratischen Regeln und Institutionen noch aus. Die Wahlen am 2. Juli 2006 können ein Schritt in diese Richtung sein, aber es besteht auch die Möglichkeit einer Rückkehr zum Autoritarismus. Ein drittes Szenario ist das einer weiteren Phase richtungsloser Politik.

Einleitung

Mexiko befindet sich in einem Prozess politischer Veränderungen, der von den Reformen des Wahlrechts geprägt wird. Diese ermöglichen im Jahr 2000 nach 66 Jahren ununterbrochener Wahlsiege derselben Partei den Machtwechsel. Aufgrund seiner tiefgreifenden Auswirkungen auf das politische Leben kann dieser Prozess als Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime bezeichnet werden. Doch diese so genannte «*transición mexicana*» weist einige Besonderheiten auf: Zunächst handelte es sich nicht um den Übergang von einem autoritären System ohne Wahlen oder Parteien

Silvia Gómez Tagle: Professorin am Colegio de México. Expertin für Wahlen und Autorin von *La transición inconclusa: treinta años de elecciones en México* [Die unvollendete Transition: Dreißig Jahre Wahlen in Mexiko] (1997). u.a.

zu einem pluralistischen Regime mit freien Wahlen, wie er in anderen Ländern Lateinamerikas vollzogen wurde, die Militärdiktaturen und den Zusammenbruch der politischen Institutionen erlitten hatten.

In Mexiko haben die *Partido Revolucionario Institucional* (PRI) und ihre Vorgängerinnen, *Partido Nacional Revolucionario* (PNR) und *Partido de la Revolución Mexicana* (PRM), andere Parteien weder verboten noch Wahlen verhindert. Durch ihre von der mexikanischen Revolution geerbte Vormachtstellung konnte die PRI aufrecht erhalten, was man als eine «Demokratie niedriger Intensität» (*low-intensity democracy*) bezeichnen könnte. In dieser wurden regelmäßig Wahlen abgehalten, zu denen eine beschränkte Zahl und Art politischer Parteien zugelassen waren. Die Regeln dieser Wahlen begünstigten jedoch die herrschende PRI. Folge war ein System von «Wahlen ohne Auswahl» (*elections without choice*).

Man kann den Beginn der langwierigen Veränderung des Wahlrechts und der Umstrukturierung der politischen Parteien ansetzen auf die Zeit zwischen 1977, dem Jahr der ersten politischen Reform, und 1996, als eine weitere Reform umgesetzt wurde, die neue Institutionen und Regeln für die Wahlen schuf. Doch diese

***Es geht um die
Anerkennung
der Regeln
durch die
politischen
Eliten und die
Bürger***

Veränderungen im Parteiensystem und im Wahlrecht erfolgten, ohne dass es einen politischen Gründungspakt zwischen den Kräften des alten Regimes und den neuen Akteuren gegeben hätte. So wurde kein Fundament für die Lösung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit dem Übergang zur Demokratie gelegt. Diese ungelösten Fragen manifestieren sich heute als Konflikte - und damit als potenzielle Gefahr für die Konsolidierung.

Nach dem Machtwechsel 2000 wurden die Leistungen demokratisch gewählter Regierungen zunehmend auf den Prüfstand gestellt. Aus diesem Grund kommt heute im Wahlkampf Problemen wie innerer Sicherheit, Justiz sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik - sprich der Regierungsführung insgesamt grundlegende Bedeutung zu. Wichtig sind auch die kulturellen Veränderungen, die das Entstehen neuer Institutionen begleiten sollten. Dabei geht es vor allem um die allgemeine Anerkennung der Regeln für den Machtwettbewerb durch die politischen Eliten und die Mehrheit der Bürger. In diesem Sinne behindern die unzureichenden Ergebnisse der Regierung Fox die Konsolidierung der Demokratie.

In einem Land wie Mexiko, wo die sozialen Unterschiede und die Armut zugemommen haben, sieht sich die Demokratie sehr starkem Druck ausgesetzt. Trotzdem kann die Notwendigkeit, die Forderung nach Reformen innerhalb des «Annehmbaren» zu halten, auch das Problem der Regierbarkeit hervorrufen, das man gerade zu vermeiden suchte. Die Demokratisierungswelle erreichte Mexiko erst spät, nach fast zwanzig Jahren neoliberaler Politik, nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Scheitern der Paradigmen der radikalen Linken. Die Globalisierung und die neoliberalen Politik, die von den Regierungen des alten Regimes und ebenso von der Übergangsregierung unkritisch übernommen wurden, hatten die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, die Destrukturierung der gesellschaftlichen Akteure und die massive Auswanderung aufgrund fehlender Arbeitsplätze zur Folge. All diese Probleme haben zur Enttäuschung über die Regierung Fox und insgesamt zum Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien und Politiker beigetragen.

Von der hegemonialen Partei zum politischen Pluralismus

Seit der Verfassung von 1917 bestanden in Mexiko alle rechtlichen Strukturen, die als Indikatoren für eine politischen Demokratie gelten. Die politische Praxis hat sich jedoch nicht an diese Normen gehalten und das reale Funktionieren der Institutionen sicherte den Autoritarismus ab. Daran änderte sich auch nach dem erfolgten Machtwechsel 2000 nichts. Aus diesem Grund missglückte der Versuch, in Bezug auf Bürgerrechte oder den freien Ideenwettbewerb ein neues, vollkommen demokratisches System aufzubauen, in dem die Vorstellungen von Minderheiten sich zu mehrheitsfähigen Projekten entwickeln könnten (Bobbio 1978, S. 35).

***Das reale
Funktionieren der
Institutionen
sicherte den
Autoritarismus ab***

Die lange Hegemonie der PRI im Rahmen der grundsätzlich demokratischen Verfassung von 1917 ist historisch zu erklären durch die ererbte starke Legitimation der «revolutionären Familie». Dies ist der Hauptgrund des Scheiterns der oppositionellen politischen Kräfte in den zwischen 1928 und 2000 regelmäßig abgehaltenen Wahlen (im Jahr 2000 verlor die PRI erstmalig das Präsidentenamt).

In diesem Zusammenhang ist m.E. das mexikanische Parteiensystem bis 1977 als hegemonial ausgerichtet oder vorherrschend pragmatisch einzuordnen

(darunter soll eine Partei verstanden werden, die bei den Wahlen keine wirklichen Konkurrenten zulässt). In diesem Zeitraum waren die Parteien, die das Erbe der Revolution übernommen hatten - zunächst die PNR, dann die PRM und schließlich die PRI - hegemonial, da sie bei jeder Wahl ihre Mehrheit im Kongress behielten, während die anderen kleineren Parteien sich unterordnen mussten und sich allgemein damit begnügten, eine sekundäre Rolle zu spielen.

Nach 1977 kann von einem überwiegend instabilen Parteiensystem mit starker Tendenz zum Pluralismus gesprochen werden

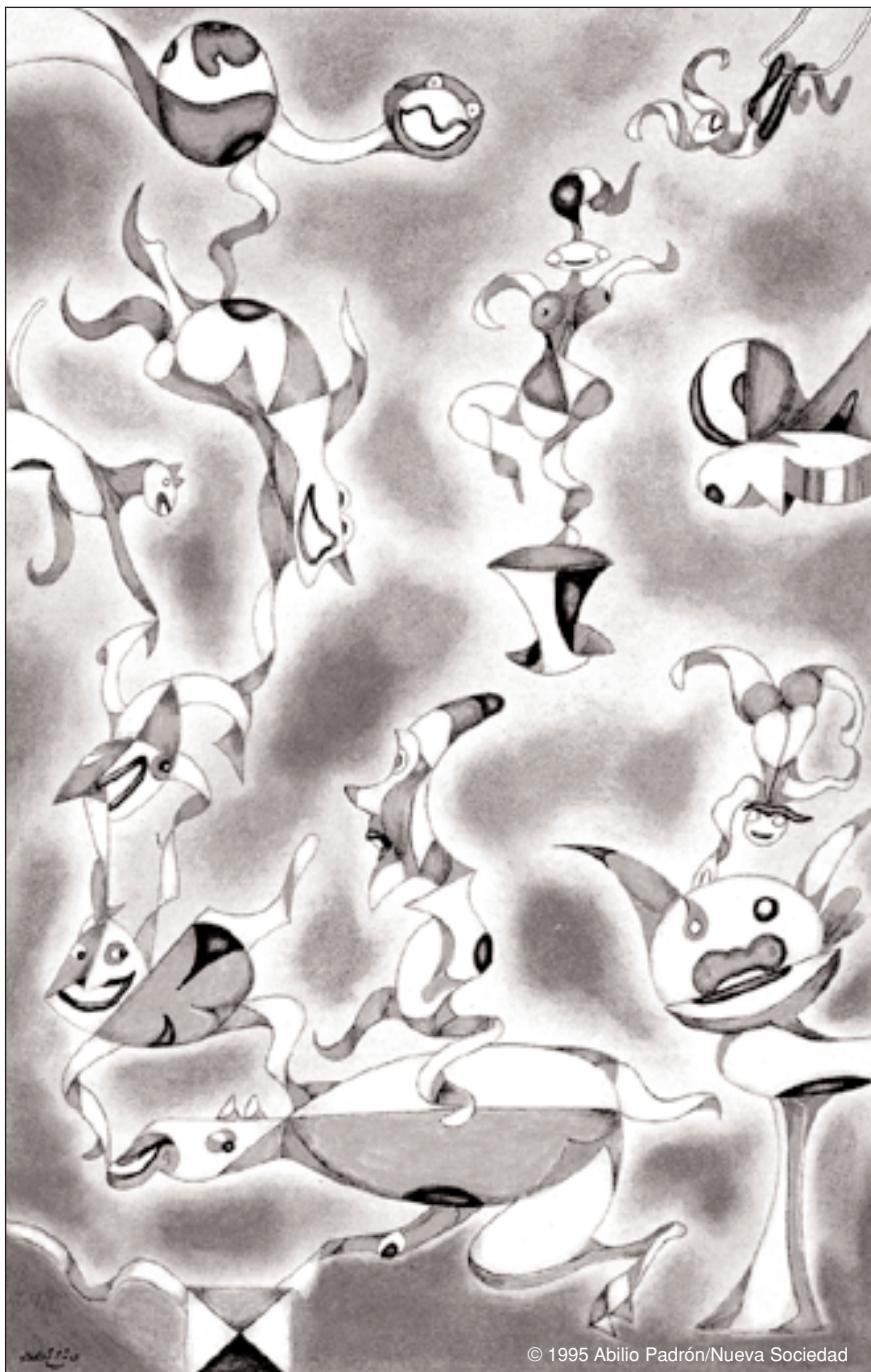
Nach 1977 kann von einem überwiegend instabilen Parteiensystem mit starker Tendenz zum Pluralismus gesprochen werden (Sartori, S. 162-63). Seitdem (und vor allem seit 1996) steht das Aufbegehren von Abgeordneten gegen den Präsidenten symbolisch für den Anbruch einer neuen Zeit. Doch im Verhältnis zwischen Regierung und Judikative haben weiterhin Strukturen Fortbestand, die deren Sinn entstellt und eine Politisierung der Justiz ermöglichen: beispielhaft sind die Staatsanwaltschaften, die unter dem Einfluss der Exekutive standen. Die Regierung

übt außerdem ungebrochen die Entscheidungsmacht über den wirtschaftspolitischen Kurs, die Staatsverschuldung und die Entwicklung so wichtiger Institutionen wie der Bildungseinrichtungen aus, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen.

Der Abstieg der hegemonialen Partei und ein langwieriger Übergang

Der Autoritarismus konsolidierte sich in dem Maße, in dem die verschiedenen institutionellen Machtfaktoren (Bund, Gemeinden, Legislative und Judikative) fast vollständig von der PRI besetzt wurden. Damit diese als populistisch zu bezeichnende Art von Autoritarismus funktionierte, war es nicht notwendig, politische Parteien zu verbieten oder Wahlen zu verhindern.

Die gesellschaftlichen Gruppen, die sich in das korporative System der PRI eingliederten, wurden dadurch einem vertikalen, von einer politischen Elite gesteuerten bürokratischen Apparat unterstellt. Diese Elite unterstand ihrerseits der unbestrittenen Macht des Präsidenten. Eine der Säulen der PRI waren die Sozialreformen, die von einem Wirtschaftsmodell getragen wurden, das bis in die 60er Jahre hinein erfolgreich war. Durch den Erfolg dieses



Modells konnte der Druck der Opposition weitgehend neutralisiert werden. In vielen anderen Ländern stützten sich die Machthaber auf Militärputsche, setzten die Wahlen aus und verboten die politischen Parteien, um ihre Gegner auszuschalten. In Mexiko konnte die PRI über die Kontrolle und Manipulation der Wahlmechanismen ihre Vorherrschaft in den Regierungspositionen wahren, ohne «oppositionelle» politische Parteien verbieten oder Wahlen unterbinden zu müssen. Soziale Proteste scheiterten oft an der Macht der hegemonialen Partei, die über ihre Korporationen breite Bevölkerungsschichten mobilisieren und Konflikte mit Hilfe von sozialpolitischen Maßnahmen beilegen konnte.

Die Wahlen waren Rituale zum Austausch der politischen Führungspersönlichkeiten ohne wirkliche Bedeutung oder Auswirkung. Die wichtigsten Entscheidungen über die Rahmenbedingungen der Wahlen -die zugelassenen Kandidaten, die Organisation und Auswertung der Wahlen sowie das Mehrheitsprinzip

*Wahlen waren
Rituale zum
Austausch des
politischen
Führungspersonals
ohne wirkliche
Auswirkung*

für die Stimmauszählung - verblieben unter Kontrolle der Exekutive. Als sich die Gesellschaft allmählich veränderte, verlor das politische Regime an Legitimation, da es keinen Raum gab, in dem eine rein politische Opposition sich hätte ausdrücken können. Daher kamen soziales Unbehagen und abweichende Überzeugungen außerhalb der Institutionen zum Ausdruck.

Die politische Reform von 1977-78 hatte nicht zum Ziel, tatsächlich die Bedingungen für die Entstehung einer zur PRI konkurrenzfähigen Opposition zu schaffen oder gar einen Machtwechsel zu ermöglichen. Es ging lediglich darum, den Minderheiten Gelegenheit zu geben, sich im Rahmen der institutionellen Politik zu äußern, wie es Staatsminister Jesús Reyes Heroles (1979) in seiner Rede von Chilpancingo 1977 formulierte. Doch trotz dieser eingeschränkten Absicht kam es zu wirklichen Veränderungen. Der Unterschied zwischen einem System mit einer hegemonialen Partei, wie in Mexiko vor der politischen Reform von 1977, und einem System mit einer «vorherrschenden Partei», wie es nach der Reform entstand, liegt darin, dass ein Machtwechsel potenziell über Wahlen herbeigeführt werden kann. Diese Möglichkeit existierte bis dahin eigentlich nur auf dem Papier, doch sie wurde allmählich Realität dank der Stärkung einiger Parteien, die die Wahlgesetze und -praktiken in Frage stellten und eine Gesellschaft mobilisierten, die sich bis dahin von der Politik ferngehalten hatte.

Einmal in Gang gekommen, führte die Hinterfragung des Systems zu immer weiteren Reformen des Wahlrechts. Zwar war jede Reform für sich genommen wenig bedeutend, in ihrer Gesamtheit allerdings konnten sie ein hinreichend gleichberechtigtes und glaubwürdiges Wahlsystem hervorbringen, das einer anderen Partei als der PRI die Eroberung des Präsidentenamtes theoretisch ermöglichte. Aus diesen Gründen war im Falle Mexikos die Trennlinie zwischen einem nicht demokratischen System mit einer hegemonialen Partei (ohne Möglichkeiten für einen Machtwechsel) und einem System mit einer vorherrschenden Partei (in dem die Wahlen das Instrument sind, um die Macht der Mehrheitspartei zu begrenzen) sehr schmal: Wenn die Oppositionsparteien nicht die Kraft haben, um an die Regierung zu gelangen, kann das Wahlrecht kaum ein Mindestmaß an demokratischen Regeln garantieren (Sartori, S. 162).

Die Reform von 1977 war der Beginn eines langwierigen Liberalisierungsprozesses, in dem sich die Energie der sozialen und politischen Bewegungen immer mehr auf die Wahlen und Parteien konzentrierte. Und schließlich kam das Jahr 1988. Bei den in jenem Jahr abgehaltenen Wahlen stieß die Kandidatur von Cuauhtémoc Cárdenas von der *Partido de la Revolución Democrática* (PRD) - mit nationalistischen Tönen, die von weiten Teilen des linken Flügels der PRI unterstützt wurden und sich an die unteren Bevölkerungsschichten, die Radikalen und die Mittelschicht, usw. wandten - auf solche Ablehnung seitens der Regierung, dass man nicht einmal die «Möglichkeit eines Machtwechsels» in Betracht zog. Wahrscheinlich deshalb entschieden die Herrschenden, den Prozess der demokratischen Liberalisierung durch einen von der Exekutive provozierten Zusammenbruch des Stimmabzählungssystems zu unterbrechen.

**Die Hinterfragung
des Systems
führte zu immer
weiteren
Reformen des
Wahlrechts**

Die Veränderungen im politischen System Mexikos zwischen 1977 und 1994 waren kein Übergang zu einem vollkommen demokratischen Regime, denn die Exekutive behielt die Kontrolle über die Durchführung der Wahlen und behinderte die Entwicklung der Opposition. Doch diese Veränderungen schufen zumindest die Voraussetzungen für die Umsetzung von tiefgreifenderen Reformen. So modifizierten die Stärkung des Parteiensystems und das Interesse einer immer urbaner und besser informierten Bevölkerung trotz der Einschränkungen der Wahlreformen allmählich die Wettbewerbssituation.

Machtwechsel ohne Pakte und demokratische Konsolidierung

Die «*transición mexicana*» birgt eine große Ungewissheit bezüglich der Zukunft: Es kann nicht garantiert werden, dass die Veränderungen unbedingt zu einem demokratischeren und gerechteren politischen System mit größeren Freiheiten führen. Man kann sogar die Möglichkeit nicht ausschließen, dass neue Formen von Autoritarismus entstehen. Erleben wir also tiefgreifende Veränderungen oder handelt es sich um dasselbe autoritäre Regime wie zuvor, das sich nur oberflächlich verändert hat?

***Bei den
Wahlen zum
Abgeordnetenhaus
1997 verlor die
PRI die absolute
Mehrheit in dieser
Kammer***

In anderen Ländern wie Argentinien, Brasilien, Uruguay oder Spanien verlief der Übergang zur Demokratie schneller und in diesen Fällen war, weil dort die Diktaturen die demokratischen Institutionen ausgeschaltet hatten, der Wendepunkt mit dem Wechsel des politischen Systems eindeutig festzustellen. Es entstanden Pakte zwischen den das politische Regime stützenden Kräften

und der Opposition, wodurch einer neuen Verfassung und dem Wiederaufbau der demokratischen Institutionen der Weg bereitet wurde (Paramio, S. 39-45; Merino).

In Mexiko zog sich die Reform von 1977 bis zur Verfassungsänderung von 1996 hin. Diese ermöglichte die Autonomie des *Instituto Federal Electoral* (der nationalen Wahlbehörde), die Einrichtung eines Systems zur Wahlausübung und eine gewisse Transparenz der Wahlen (Nieto in Moctezuma, S. 380). Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1997 verlor die PRI die absolute Mehrheit in dieser Kammer. Dies stärkte das Selbstvertrauen der Parteien und Wähler im allgemeinen und erleichterte die Herausbildung eines pluralistischen und kompetitiven Systems, das wesentlich aus drei großen Parteien besteht: aus der PRI, der *Partido Acción Nacional* (PAN) und der *Partido de la Revolución Democrática* (PRD).

Wird das politische Regime als das komplexe Ganze der Institutionen und der Beziehungen zwischen den politischen Akteuren und der Gesellschaft definiert, als die Werte und Inhalte der Politik, die dieser Gesamtheit von Machtverhältnissen Sinn verleihen, dann können wir feststellen, dass das von der Hegemonie der PRI geprägte politische Regime Mexikos sich im Abbau befindet. Dies gilt insbesondere seit dem Wahlsieg von Fox am 2. Juli 2000.

In vielen Ländern war in der Zeit nach dem Übergang zur Demokratie ein Konflikt zwischen den neuen Regierungsriezen und den verdrängten Eliten zu beobachten, die versuchten, das System zu destabilisieren, um mit Gewalt an die Macht zurückzukehren. Im Falle Mexikos ist es so, dass einige verdrängte Sektoren der PRI mit den neuen Eliten der PAN identisch sind, so dass ein «Wandel» letztlich nicht erfolgt ist. Da es keinen «Gründungspakt» gegeben hat, beobachtet man heute ein Verhandeln zwischen Präsident Fox und der PRI unter Roberto Madrazo über die Straffreiheit für politische Verbrechen während des «schmutzigen Krieges» (der staatlichen Repression gegen soziale Bewegungen), Korruptionsfälle, die versuchte Amtsenthebung des Gouverneurs des Bundesdistriktes, die Reformen des Rentensystems usw. Dies könnte die Demokratie aushöhlen, denn obwohl die Wahlen in einem ähnlichen rechtlichen Rahmen durchgeführt werden wie die letzten, verengt sich das Spektrum an Optionen für die Wähler (Gunther, Diamandouros und Puhle). Wenn ein pluralistisches System mit einem weiten Spektrum von links bis rechts nicht akzeptiert wird, sondern die PRD und ihr Kandidat ausgeschaltet würden, bliebe bei der Wahl nur noch die Entscheidung zwischen zwei Kandidaten, die einander so sehr gleichen, dass von einer «*election without choice*» gesprochen werden kann.

Einige verdrängte Sektoren der PRI sind mit den neuen Eliten der PAN identisch, so dass ein «Wandel» letztlich nicht erfolgt

In einem konsolidierten Regime respektieren die Eliten die allgemeinen Regeln und demokratischen Institutionen und betrachten einen Bruch mit der Institutionalität nicht als «attraktive Option». In Mexiko kam es zu einer Konfrontation zwischen zweien der politischen Hauptakteure, durch die die Konsolidierung der Demokratie in Gefahr geriet: Vicente Fox und Andrés Manuel López Obrador, dem Gouverneur des Bundesdistrikts, Kandidat der PRD und in den Umfragen Favorit für die Präsidentschaftswahlen am 2. Juli 2006.

Die Versuche, López Obrador die Kandidatur zu verbieten, bargen die Gefahr in sich, dass Fox und die ihn unterstützenden politischen Gruppen (Teile der PAN und der PRI sowie starke mexikanische und internationale Wirtschaftsinteressen) die gerade eingeführten demokratischen Regeln brechen würden. Diejenigen, die über Wahlen - über die erste vollkommen demokratische Präsidentenwahl - an die Macht gelangt sind, neigen dazu, sie nicht wieder aufs Spiel setzen zu wollen. Doch haben auch die manchmal «extremen» Aussagen von López Obrador seine Gegner daran zweifeln lassen, wie sehr er sich der Demokratie verpflichtet fühlt.

Erinnern wir uns daran, dass der Verlierer in einem demokratischen System nicht als «Ausgeschlossener» und von der Auslöschung Bedrohter gelten, noch sich selbst als solcher sehen sollte. Gerade die Aussicht auf einen möglichen Sieg verleiht dem System Stabilität, in dem Maße wie alle Akteure beschließen, dass es vorteilhafter ist, nach den Regeln der Demokratie zu spielen. Dieses Thema bildet den Hintergrund für die kommenden Wahlen, denn der neue Präsident wird Entscheidungen zu grundlegenden Fragen wie der Wirtschaftspolitik, den internationalen Beziehungen (insbesondere zu den USA), den Menschenrechten usw. treffen müssen. All diese Themen werden Auswirkungen auf die Konsolidierung der Demokratie haben, weil sie sich quer

*Gerade die
Aussicht auf
einen möglichen
Sieg verleiht
dem System
Stabilität*

durch die Institutionen, Interessengruppen, Gemeinschaften oder Privatunternehmen, Identitäten und religiösen Gruppen, staatsbürgerlichen Partizipationsformen usw. ziehen. Ein weiteres wichtiges Thema für die Konsolidierung der Demokratie ist die Diskussion über die Verbrechen der Vergangenheit: Sowohl das Heer als auch die PRI fordern das «Vergessen», während viele andere Akteure, vor allem jene, die sich mit der Linken identifizieren, Gerechtigkeit verlangen (Jáquez, S. 7-11; Becerril, Garduño und Saldierna, S. 5).

Wahlen 2006: die Zukunft nach dem Machtwechsel

Der Prozess des politischen Wandels, der von einem autoritären Regime zu einem Regime anderer Art führt, birgt als wesentlichen Bestandteil die Ungewissheit:

Ein demokratischer Übergang beginnt, wenn es den die demokratischen Prozesse antreibenden Akteuren gelingt, die relative Gewissheit der Kontinuität des Autoritarismus zu zerstören und so Erwartungen auf einen demokratischen Wechsel zu wecken. Die Konsolidierung der Demokratie endet, wenn es diesen Akteuren gelingt, ein bestimmtes Maß an Gewissheit für die Kontinuität des neuen demokratischen Regimes zu schaffen. (...) Die Ungewissheit markiert den Beginn des Regimewechsels und das Verschwinden der Ungewissheit markiert den erfolgreichen Höhepunkt der Konsolidierung. (Schedler, S. 26.)

Konsolidierung bedeutet also Stabilität des demokratischen Systems auf der Grundlage der Einhaltung der Regeln, der Achtung von Institutionen und der daraus entstehenden Legitimation. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass die Konsolidierung viele Prozesse umfasst, deren Ergebnis die Unterstützung der neuen demokratischen Spielregeln durch die Bevölkerung und die Anerkennung ihrer Legitimität ist. Die Gründe für die Abgabe einer

«nützlichen Stimme» für Fox, mit der man beweisen wollte, dass der Machtwechsel möglich war, reichen heute nicht mehr aus, um einer zur Lösung der neuen politischen und wirtschaftlichen Probleme erwiesenermaßen unfähigen Regierung Legitimität zu verleihen. Was bei den Wahlen 2000 wichtig war, nämlich den Pluralismus zu stärken und die Chancen für den Machtwechsel zu erhöhen, kann sich heute als hinfällig erweisen.

Die Präsidentschaftswahlen 2006 werden die am heftigsten umkämpften Wahlen in der Geschichte Mexikos sein, und ihr möglicher Ausgang ist sehr ungewiss. Die drei stärksten Kandidaten - Felipe Calderón von der PAN, Roberto Madrazo von der PRI und Andrés Manuel López Obrador von der PRD - stehen für Projekte, die sich mit jeweils verschiedenen Gesellschaftsgruppen identifizieren. Sie verkörpern auch verschiedene Auffassungen von der Machtausübung und verschiedene Haltungen gegenüber den Herausforderungen der Entwicklung, des Arbeitsmarktes, der Sozialpolitik, der Bildung und der Sicherheit.

Die Präsidentschaftswahlen 2006 werden die am heftigsten umkämpften Wahlen in der Geschichte Mexikos sein

Doch der Staat besitzt heute sehr wenig Handlungsspielraum, um die Marktentwicklungen zu steuern. Daher können die im Kontext demokratischer Freiheiten vorgebrachten gesellschaftlichen Forderungen eine Gefahr für die institutionelle Stabilität bedeuten. Aus diesem Grunde ist es unumgänglich, einen Sozialpakt zu schließen, aus dem neue Beziehungen zwischen der Wirtschaft, dem Finanzkapital, der Regierung und der Arbeitnehmerschaft entstehen können.

Im Laufe des Konsolidierungsprozesses besteht keine Gewissheit, dass die demokratischen Regeln von Dauer sein werden. Während einerseits der Übergang beginnt, wenn die Kontinuitätserwartungen des Autoritarismus enttäuscht werden, so kommt andererseits die Konsolidierung zu ihrem Ende, wenn sich die Erwartungen auf demokratische Kontinuität etablieren (Schedler, S. 29). Der Übergang wird vollbracht, wenn man die Institutionen verändert, Bündnisse zwischen den Eliten entstehen und die Regeln für den Zugang zur Macht modifiziert werden. Die Konsolidierung dagegen erfolgt wesentlich im Bereich von Gesellschaft und Kultur, der Entwicklung von Symbolen und der Konstruktion von Identitäten: Wenn die Bürger sich selbst als solche erkennen und so die Achtung ihrer Rechte einfordern.

Da Fox sich unfähig gezeigt hat, seiner Regierung eine klare Richtung zu geben, und einen wechselhaften und richtungslosen Kurs verfolgte, sind in Mexiko schon jetzt die Erwartungen an den nächsten Präsidenten sehr hoch: Seit Monaten befindet sich das Land im Wahlkampf.

Die Wahlen von 2006 werden einen besonderen Moment für die Bürger darstellen, um sich über das politische Projekt, das sie in den nächsten sechs Jahren erwarten, zu äußern: Es kann ein weiterer Schritt hin zur Konsolidierung der Demokratie getan werden, der Autoritarismus kann eine Chance zur Rückkehr erhalten oder es beginnt einfach eine weitere Phase richtungsloser Politik, die nirgendwohin führt.

Bibliografie

- Aguilar, Luis F.: «Gobernabilidad y democracia» [Regierbarkeit und Demokratie] in *El debate nacional* [Die nationale Debatte], Band II, *Escenarios de la democratización* [Szenarien der Demokratisierung], Diana-UNAM, Mexiko, 1997.
- Bobbio, Norberto: «¿Qué alternativas a la democracia representativa?» [Welche Alternativen zur repräsentativen Demokratie?] in Norberto Bobbio, Humberto Cerroni, Giuseppe Vacca, Valentino Gerratana, Achille Occhetto und Pietro Ingrao: *¿Hay una teoría marxista del Estado?* [Gibt es eine marxistische Staatstheorie?], Editorial Universidad Autónoma de Puebla, Puebla (Mexiko), 1978.
- Cansino, César: *La transición mexicana 1977-2000* [Die mexikanische Transition], Centro de Estudios de Política Comparada, Mexiko, 2000.
- Reyes Heroes, Jesús: *Discurso de Chilpancingo* [Rede von Chilpancingo], CFE Memoria de la elecciones de 1979, 1979.
- Gunther, Richard, P. Nikiforos Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (eds.): *The Politics of Democratic Consolidations: Southern Europe in Comparative Perspective*, The Johns Hopkins University Press, Baltimore, 1995.
- Levi, Lucio: «Régimen político» [Politisches Regime] in Norberto Bobbio, Incola Matteucci und Gianfranco Pasquino: *Diccionario de política* [politisches Wörterbuch], korrigierte Neuauflage, Siglo XXI, Mexiko-Madrid, 1995, S. 1362-63.
- Merino, Mauricio: *La transición votada: crítica a la interpretación del cambio político en México* [Die gewählte Transition: Kritik der Interpretation der politischen Wende in Mexiko], Fondo de Cultura Económica, Mexiko, 2003.
- Nieto Castillo, Santiago: «La reforma electoral de 1996. ¿La última reforma del siglo?» [Die Wahlreform von 1996. Die letzte Reform des Jahrhunderts?], in Moctezuma Barragán, Gonzalo (Hg.): *Derecho y legislación electoral, 30 años después de 1968* [Recht und Wahlrecht, 30 Jahre nach 1968], UNAM / Miguel Ángel Porrua, Mexiko, 1999, S. 187-120.
- Paramio, Ludolfo: «Algunos rasgos de las transiciones pactadas a la democracia» [Grundzüge der paktierten demokratischen Transitionen] in Partido Revolucionario Institucional: *Democratización, partidos y procesos electorales* [Demokratisierung, Parteien und Wahlen], Mexiko, 1988.
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP): *La democracia en América Latina: hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos* [Die Demokratie in Lateinamerika: für eine Demokratie der Bürger und Bürgerinnen], Aguilar / Altea / Taurus / Alfaguara, Buenos Aires, 2004.
- Sampedro Blanco, Víctor: *Opinión pública y democracia deliberativa. Medios, sondeos y urnas* [Öffentliche Meinung und deliberative Demokratie], Istmo, Madrid, 2000.
- Schedler, Andreas: «La incertidumbre institucional y las fronteras borrosas de la transición y consolidación democrática» [Institutionelle Ungewissheit und die unscharfen Trennlinien zwischen

- demokratischer Transition und Konsolidierung] in *Estudios Sociológicos de El Colegio de México* vol. XXII, N° 64, Januar-April, Mexiko, 2004.
- Sartori, Giovanni: *Partidos y sistemas de partidos: marco para un análisis* [Parteien und Parteiensysteme. Ein Analyserahmen] vol. I, Alianza, Barcelona, 1987, S. 162-163.
- Taagepera, Rein y Matthew Soberg Shugart: *Seats and Votes, the Effects and Determinants of Electoral Systems*, New Haven-London, Yale University Press, 1989, insbesondere Kapitel 8: «The Effective Number of Parties».

Pressequellen

- Becerril, Andrea, Georgina Garduño und Georgina Saldierna: «Roberto Madrazo pidió no ahondar más en el pasado» [Roberto Madrazo bat darum, nicht tiefer in die Vergangenheit vorzudringen] in Tageszeitung *La Jornada* vom 10.7.2004.
- Castellanos, Antonio und David Zúñiga: «Fox acordó otorgar 107 mil millones de pesos para el rescate bancario a cargo de los contribuyentes» [Fox vereinbarte die Zahlung von 107 Mrd. Pesos zur Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler] in Tageszeitung *La Jornada* vom 16.7.2004.
- Guerrero, Jesús und Claudia Salazar in *Reforma* vom 14.7.2004.
- Jáquez, Antonio: «El perdón como arma» [Die Amnestie als Waffe] in *Proceso*, 28. Jg., Nr. 1446, vom 18.7.2004.
- Pérez, Ciro in Tageszeitung *La Jornada* vom 17.7.2004.
- Ramos, Renato in Tageszeitung *La Jornada* vom 15.8.2004.
- El Universal *On Line* vom 5.7.2004.
- Reforma* vom 7.7.2004.

**DEBATE
AGRARIO**

Noviembre de 2005

Lima

Nº 39

ANÁLISIS Y ALTERNATIVAS: La estrategia andina de desarrollo alternativo integral y sostenible, **Fernando Hurtado**. Sobre coca, cocaleros y drogas: fallos satánicos y debates de fondo, **Hugo Cabieses**. Coca legal e ilegal en el Perú, **Fernando Rospigliosi**. El problema cocalero y el comercio informal para uso tradicional, **Francisco Durand**. Consumo de drogas en el Perú, **Ramiro Castro de la Mata**. La Presidencia del Consejo de Ministros y la ordenanza legal del Gobierno Regional del Cusco, **Ricardo Soberón**. Coca: apuntes críticos sobre investigaciones recientes, **Baldomero Cáceres**. INTERNACIONAL: El tratamiento internacional del problema de las drogas, **Hugo Contreras**. Los daños de la prohibición de las drogas en las Américas, **Ethan Nadelmann**. América Latina y Europa y las políticas sobre drogas, **Pauline Metaal**. La coca como planta maestra: reforma y nueva ética, **Anthony Richard Herman**.

Debate Agrario es una publicación del Cepes. Av. Salaberry 818, Lima 11, Perú. Tel.: (51-1) 433-6610. Fax: (51-1) 433-1744. Correo electrónico: <cepes@cepes.org.pe>.